

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Aschenberg-Dugnus MdB [<mailto:christine.aschenberg-dugnus@bundestag.de>]

Gesendet: Montag, 9. August 2021 16:12

An: Hans Popp <popp@bfr-sh.de>

Betreff: AW: JHV KJS Rendsburg-West

Sehr geehrter Herr Popp,

haben Sie vielen Dank für Ihre Nachricht.

Frau Aschenberg-Dugnus möchte Ihnen gerne folgende Antworten zukommen lassen:

1. Wie stehen Sie zu den geänderten Jagdzeiten insbesondere zum Wegfall des Abschussplans bei Rehwild in S-H und wie stehen Sie zur Aussage "Wald vor Wild" bei der Wiederaufforstung?

"Anfang des Jahres hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, mit dem Mindestabschussquoten eingeführt werden sollten. Die FDP hat sich im Bundestag klar dagegen ausgesprochen. Das Wild muss sich zunehmend hinter den Interessen des Waldes einordnen, obwohl ein Nebeneinander möglich ist. Wald darf nicht vor Wild gehen. Wald muss mit Wild gehen. Der Wald ist ein wichtiger Rückzugsort für unsere heimischen Wildarten, die in unserer zersiedelten Landschaft kaum noch ungestörte Lebensräume vorfinden. Ein Abschuss zum Schutz des Waldes sollte das letzte Mittel sein. Maßnahmen wie die Anlage von Äsungsflächen und Forstschutzmaßnahmen sollten zuvor ausgeschöpft werden. Hierzu haben wir Freie Demokraten einen Antrag (BT-Drs. 19/26179) in den Deutschen Bundestag eingebracht."

2. Was ist Ihre Meinung zum Wolf in S-H, sollte dort ein Bestandsmanagement eingeführt werden oder sollte der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen werden?

"Wir werden vor dem Hintergrund der stark steigenden Wolfspopulation an einer Debatte über eine Bestandsregulierung, eine wildökologische Raumplanung für den Wolf und die von der FDP schon länger geforderte Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdrecht nicht vorbeikommen. Der Wolf gehört ins Jagdrecht, weil nur so seine Bestandszahlen verantwortungsvoll gemanagt werden können. Außerdem müssen verhaltensauffällige Tiere zügig entnommen werden. Die Weidetierhaltung ist sicherzustellen, denn wir brauchen die Schafe als zuverlässige Küstenschützer."

3. Das Waffenrecht wird für die legalen Waffenbesitzer (Jäger, Sportschützen) immer komplizierter und unübersichtlicher. Zusätzlich werden die Anforderungen an die Erteilung eines Jagdscheins bzw. seine Verlängerung immer umfangreicher, zeitraubender und damit für die Verwaltung aufwändiger und kostspieliger. Was wollen Sie dagegen unternehmen? (Der Verwaltungsaufwand sollte ja durch die Abschaffung des Rehwildabschussplans gerade verringert werden, also völlig konträr zu dem was uns Jägern so als Argument sonst dargelegt wurde.)

"Wir Freie Demokraten stehen für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. Wir lehnen Forderungen nach einem Verbot des privaten Schusswaffenbesitzes

entschieden ab. Ein solcher Schritt führt zu keinem nennenswerten Sicherheitsgewinn, beeinträchtigt aber den Schießsport und seine Traditionen in erheblichem Ausmaß. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen davor, dass von Waffen in den falschen Händen eine Gefahr ausgeht. Es ist deshalb unser erklärtes Ziel, Extremisten zügig zu entwaffnen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert werden und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden. Eine Verschärfung des Waffenrechts über das gegenwärtige Maß hinaus braucht es jedoch nicht. Vielmehr mangelt es an einer konsequenten Umsetzung. Im Übrigen sprechen wir uns für eine Generalrevision des Waffenrechts aus. Die Vielzahl der Gesetzesänderungen der Vergangenheit hat das Waffengesetz unhandlich und benutzerunfreundlich gemacht. Ein modernes Waffenrecht muss übersichtlich und leicht verständlich sein. Regelungen, die übereilt eingeführt wurden, um die Sicherheit zu erhöhen, müssen auf den Prüfstand und hinsichtlich ihrer Geeignetheit und Erforderlichkeit neu bewertet werden."

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Jacobus Bachmüller

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Christine Aschenberg-Dugnus, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-77268

christine.aschenberg-dugnus.ma06@bundestag.de

www.bundestag.de

www.christine-aschenberg-dugnus.de